



Freitag, 20. Dezember 2019, 16:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Das Recht der Besitzenden

Die Menschenrechte sollten vor allem das Eigentum des Bürgertums schützen.
Exklusivabdruck aus „Sklaverei als Menschenrecht“. Teil 4/4.

von Rainer Roth
Foto: icedmocha/Shutterstock.com

Vom „Naturrecht“ schwärmen Sozialkundeführer bis heute – von Rechten, die absolut allen Menschen gleichermaßen zukommen. Betrachten wir aber die Ursprünge der bürgerlichen Revolutionen, etwa in den USA und Frankreich, erkennen wir, dass vieles von ihrem Mythos reine Fassade war, um knallhartes Eigeninteresse zu bemänteln. Vor allem dienten Menschenrechte der Emanzipation der Bourgeoisie vom Adel. Sie waren vieles, aber nicht allumfassend. Vor allem schützten sie die Beute der Besitzenden vor

denen, die beraubt wurden. Werte, die uns heute am Herzen liegen, wie die Meinungs- und Pressefreiheit waren dem „Supergrundrecht“ Eigentum untergeordnet. Die Freiheit des Bürgertums schloss mit ein, dass den Unterschichten eben diese Freiheit genommen werden durfte. Selbst Sklaverei galt da noch als menschenrechtskonform. Wir müssen die Geschichte ohne romantisierende Verklärung betrachten – dann verstehen wir heutige politische Vorgänge besser, einschließlich des allfälligen Missbrauchs des Menschenrechtsbegriffs.

Sklaverei – „Verbrechen gegen die Menschheit“

In Durban (Südafrika) fand vom 31. August bis 8. September 2001 eine „Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz“ statt. Erst diese Weltkonferenz erkannte an (we acknowledge), dass „Sklaverei und Sklavenhandel (...) entsetzliche Tragödien in der Geschichte der Menschheit waren (appalling crimes in the history of humanity) (...) und (...) ein Verbrechen gegen die Menschheit (crime against humanity) und stets als solches hätten gelten sollen“ (1). Humanity mit „Menschlichkeit“ zu übersetzen, wie es überwiegend geschieht, ist falsch. Verbrechen richten sich immer gegen Menschen und nicht gegen menschliche Eigenschaften.

Die verfälschte Formel, dass Sklaverei ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ sei, schließt ein, dass die Abschaffung der Sklaverei die Menschlichkeit wiederhergestellt habe. Sie erklärt damit, dass der

Zustand der Ex-Sklaven nach der Abschaffung der Sklaverei ein Zustand der Menschlichkeit gewesen sei, eine dreiste Fälschung (2).

Sie erklärt ferner indirekt, dass Menschlichkeit das Motiv der britischen, französischen und amerikanischen Bourgeoisie war, die Sklaverei abzuschaffen. Auch das ist verfälscht die Realität (3). Wenn im Übrigen die Abschaffung der offenen Sklaverei die Menschlichkeit hergestellt hat, ist jede Schuld getilgt. Das ist nicht der Fall, wenn die verantwortlichen Nationen mit der Sklaverei „Verbrechen gegen die Menschheit“ begangen haben.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen äußerte sich am 28. November 2006 „zutiefst betroffen darüber, dass die internationale Gemeinschaft nahezu zweihundert Jahre gebraucht hat, um anzuerkennen, dass Sklaverei und Sklavenhandel ein Verbrechen gegen die Menschheit sind und stets als solches hätten gelten sollen“ (4).

Mit „internationaler Gemeinschaft“ meinte die Generalversammlung die Teilnehmer der Weltkonferenz in Durban, einschließlich der früheren bürgerlichen Sklavenhalterationen. Die Resolution erklärte weiter, „dass Sklavenhandel und die Sklaverei (...) zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen in der Geschichte der Menschheit gehören“. Eine Folgekonferenz – Durban II – bestätigte 2009 die Ergebnisse von Durban I: 173 Staaten stimmten dafür, 9 dagegen (5).

Sklaverei wurde 2001 als Verbrechen an der Menschheit eingestuft, nicht weil die Grundwerte der bürgerlichen Revolution so lange brauchten, um sich als bunter Schmetterling voll zu entpuppen, sondern weil der Widerstand aus den ehemaligen Kolonien, der Widerstand der Nachkommen der Sklaven, immer stärker geworden war. Durban war die „erste wirkliche Weltkonferenz“, die von der UN organisiert wurde (6).

Hier entlud sich die lange aufgestaute Empörung über den Kolonialismus, die Folgen von Sklavenhandel und Sklaverei für Afrika und die Arroganz der westlichen Industrienationen, mit der sie ihre Geschichte vertuschen und beschönigen. Nur deswegen wurde Sklaverei zum ersten Mal als Verbrechen eingestuft. Die westlichen Staaten sträubten sich dagegen, auf der Anklagebank zu sitzen. Um sich der Kritik zu entziehen, waren ihre Delegationen „nicht so hochrangig besetzt“ (7).

Die USA zogen zwei Tage nach Beginn der Konferenz sogar Außenminister Colin Powell zurück – einen Nachfahren afrikanischer Sklaven – und nahmen an der Verabschiedung der Schlusserklärung gar nicht erst teil.

Beschönigungen

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen und auch die Weltkonferenz erklärten *nicht*,

- dass die Ursprungsländer der bürgerlichen Revolution die Sklaverei in ihren Verfassungen und Erklärungen als Menschenrecht und damit als legal kodifiziert hatten (8),

- dass die Sklaverei von den ideologischen Vertretern der bürgerlichen Revolution, den Aufklärern und Liberalen, verteidigt wurde (9),
- dass jeder Kampf gegen die Sklaverei, vor allem der der Sklaven selbst, als Kampf gegen das Recht der Sklavenhalter auf Eigentum und damit als Verbrechen an den Menschenrechten der Sklavenhalter verfolgt wurde,
- dass die Sklaverei eine bedeutende, teilweise sogar die bedeutendste ökonomische Grundlage der bürgerlichen Gesellschaften Englands, der USA und Frankreichs im 18. und 19. Jahrhundert war (10),
- dass die fantastischen Gewinne aus dem Sklavengeschäft maßgeblich dazu beitrugen, dass die Bourgeoisie ökonomisch erstarkte und sich zu ihrer Revolution befähigt sah,
- dass die Sklaverei aus all diesen Gründen von der Bourgeoisie nicht als Verbrechen gegen die Menschheit, sondern als Zivilisationsfortschritt begriffen wurde. Sie nahmen Rücksicht auf die Interessen der ehemaligen Sklavenhalterationen und ihre Selbstdarstellung. Die Resolution der Generalversammlung der UNO von 2006 und die Abschlusserklärungen der Weltkonferenzen von Durban 2001 und 2009 forderten deswegen auch nicht, dass sich diese Staaten zu entschuldigen und Entschädigungen zu zahlen hätten.

(...)

Versöhnung und „Heilung“ möglich?

Die Unfähigkeit, sich zu entschuldigen und Entschädigungen für ihr monströses Verbrechen zu zahlen, zeigt, dass die ehemaligen europäischen Sklavenhalterationen und die USA nach wie vor auf dem Boden stehen, der vom 16. bis zum Ende 19. Jahrhunderts die direkte Sklaverei ermöglicht hat. Es war die kapitalistische Ära, die die Sklaverei als Grundlage der Produktion tropischer Produkte für

den Weltmarkt hervorgebracht und als Menschenrecht verklärt hat.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist nicht imstande, sich von sich selbst zu distanzieren. Die kapitalistischen Nationen, die Sklaverei betrieben haben, halten nach wie vor daran fest, dass nur die verbrecherischen Sklavenhalter ein Recht auf Entschädigung hatten, nicht aber die Sklaven selbst.

Sie stehen zu ihrer Vergangenheit und sind, wie viele Denkmäler, Ortsbezeichnungen – zum Beispiel Washington – sowie Namen von Straßen und Plätzen zeigen, auch noch stolz auf sie. Thomas Jefferson, ein rassistischer Sklavenhalter (11) ziert bis heute die Zwei-Dollar-Note der USA. Napoleon ziert viele Plätze. Die Sklavenhalter und alle anderen Kapitalisten, die von diesem Verbrechen profitiert hatten, behielten ihr Eigentum und boten den freigelassenen Schwarzen neue Formen der Sklaverei an.

Eine wirkliche Emanzipation der Ex-Sklaven setzt die Umwälzung all der Bedingungen voraus, die zur Sklaverei geführt haben und führen. Die Kritik der Sklaverei müsste mit dem kategorischen Imperativ enden, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (12). Ohne diese Bedingung kann der Schandfleck der Sklaverei auch nicht gründlich getilgt werden, sondern nur konserviert und vergeblich übermalt werden.

Die Ex-Sklaven blieben nach der „Sklavenemanzipation“ erniedrigte, geknechtete und verächtliche Wesen. Sie teilten dieses Schicksal mit den Lohnabhängigen, in deren Reihen sie sich schließlich wiederfanden. Ihre Emanzipation ist ohne die Emanzipation aller Lohnabhängigen nicht möglich.

Dunkles Kapitel schließen?

Die Weltkonferenz von Durban 2001 erklärte:

„Mit dem Ziel, diese dunklen Kapitel der Geschichte zu schließen, und als Mittel zur Aussöhnung und Heilung bitten wir die internationale Gemeinschaft und ihre Mitglieder, den Opfern dieser Tragödien ein ehrendes Andenken zu bewahren. Wir nehmen ferner davon Kenntnis, dass einige Staaten die Initiative ergriffen haben, um ihr Bedauern und ihre Reue zu bekunden oder Entschuldigungen auszusprechen, und fordern alle diejenigen, die noch nicht dazu beigetragen haben, die Würde der Opfer wiederherzustellen, auf, geeignete Mittel und Wege zu finden, um dies zu tun“ (13).

Es ist jedoch unmöglich, dieses „dunkle Kapitel“ zu schließen, solange seine ökonomischen und sozialen Grundlagen, kapitalistische Warenproduktion und bürgerliche Gesellschaft, weiterbestehen. Deswegen können die ehemaligen bürgerlichen Sklavenhalterstaaten keine Verantwortung für ihre barbarische Geschichte übernehmen und es auch nicht wollen.

Wiedergutmachung?

Aly Ndiaye erklärte über die UN-Weltkonferenz:

„Ein neues Verhältnis von gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung kann allerdings nicht entstehen, solange es keine Wiedergutmachung für den verheerenden Schaden gibt, den Sklavenhandel und Kolonialismus angerichtet haben. Dass die 200 reichsten Menschen der Welt so viel besitzen wie über zwei Milliarden der ärmsten, macht wirklich irrsinnig“ (14).

Viele ehemalige Kolonien sind im Rahmen der durch imperialistische Mächte beherrschten Weltwirtschaft nach wie vor in erster Linie Lieferanten von industriellen und

landwirtschaftlichen Rohstoffen für die Industrieländer und Absatzmärkte für die Industrierzeugnisse und wesentlich billigeren landwirtschaftlichen Produkte der Industrieländer. Ihre industrielle Entwicklung hängt vor allem von Kapitalexport, Krediten und der Nachfrage aus den hoch entwickelten Industriestaaten ab.

So wenig es eine Gleichberechtigung zwischen Verkäufer und Käufer der Ware Arbeitskraft geben kann, eine Gleichberechtigung zwischen Arm und Reich, kann es Gleichberechtigung zwischen den Verkäufern von Rohprodukten und den mächtigen Handelsketten und Weltkonzernen geben, die sie kaufen.

Erst recht kann es keine Gleichberechtigung geben zwischen den Gläubigern der verschuldeten ehemaligen Kolonien und ihren Schuldnern. Kapitalisten sind im Übrigen nicht imstande, die Schäden wiedergutzumachen, die sie im Prozess der Verwertung ihres Kapitals anrichten. Sie würden sich damit selbst gefährden.

Keine Versöhnung in Durban

Trotz aller Bemühungen sich zu versöhnen, konnte deshalb auf den Konferenzen von Durban keine Versöhnung zustande kommen.

„In Durban hagelte es von morgens bis abends auf beiden Seiten Beleidigungen und Vorwürfe. Türenknallend verließen Delegierte den Saal, kamen zurück, brüllten, gingen wieder“ (15).

Der algerische Präsident Abd al-Aziz Bouteflika verlangte wie alle Staatschefs des Südens „wiedergutmachende Gerechtigkeit, Reue des Westens, Anerkennung des verwundeten Gedächtnisses der südlichen Völker. Die westlichen Reaktionen auf Bouteflikas Rede waren schlicht hinterhältig. In den Delegationen der Franzosen, Belgier, Briten und so fort herrschten Hohn und Spott vor. Das roch

verdächtig nach kolonialer Verachtung. (...) Gedächtnisarbeit? Eine billige Schuldzuweisung, oder schlimmer: eine Erpressung, um dem Westen finanzielle und wirtschaftliche Zugeständnisse abzurufen“ (16).

Die Hoffnungen der Organisatoren der Konferenz, „einen brüderlichen Dialog zwischen gegensätzlichen kollektiven Erinnerungen herstellen zu können“, verflüchtigten sich (17). Versöhnung mit den alten Kolonialmächten streben vor allem Repräsentanten der neuen nationalen Bourgeoisien aus den Reihen der kolonisierten Völker bzw. der in die Bourgeoisie aufgestiegenen Minderheit der Nachkommen der Ex-Sklaven an. Sie erwarten sich von Ausgleichszahlungen „wiedergutmachende Gerechtigkeit“. Die alten Kolonialmächte halten das für ungerecht, weil sie ihre Kolonialgeschichte als Geschichte zivilisatorischen Fortschritts betrachten. Eine Versöhnung zwischen unversöhnlichen Interessen ist nicht möglich.

Die ökonomische Grundlage, die den Kolonialismus hervorgebracht hat, besteht weiter. Das Kapital sucht nach neuen Formen der Abhängigkeit und Ausplünderung der Ressourcen aller Kontinente dieses Erdballs. Die übliche Heuchelei und Schönfärberei gipfelt in der Behauptung, dass die Ausbeutung der unterdrückten Völker von den imperialistischen Ländern einzig und allein betrieben wird, um ihnen Hilfe zu einer Höherentwicklung (Entwicklungshilfe) zu leisten. Wer das nicht einsieht und sogar rebellisch wird, zeige nur Undank gegen die Helfer. Die Länder unter der Herrschaft nationaler Bourgeoisien, die sich durch die Kontrolle über die Rohstoffe ihres Landes selbst helfen wollen, werden im Rahmen eines Regime Change in Schutthaufen verwandelt, wie Libyen, Irak und Syrien, wenn sie sich den Mächten des Menschenrechts auf Profit nicht ehrfürchtig beugen.

„Je weiter (...) die Zivilisation fortschreitet, je mehr ist sie genötigt, die von ihr mit Notwendigkeit geschaffnen Übelstände mit dem Mantel

der Liebe zu bedecken, sie zu beschönigen oder wegzuleugnen, kurz eine konventionelle Heuchelei einzuführen, die weder früheren Gesellschaftsformen noch selbst den ersten Stufen der Zivilisation bekannt war und die zuletzt in der Behauptung gipfelt: Die Ausbeutung der unterdrückten Klasse werde betrieben von der ausbeutenden Klasse einzig und allein im Interesse der ausgebeuteten Klasse selbst; und wenn diese das nicht einsehe, sondern sogar rebellisch werde, so sei das der schändeste Undank gegen die Wohltäter, die Ausbeuter“ (18).

http://www.dvs-buch.de/index.php?page=inhalt_sklaverei.htm

Quellen und Anmerkungen:

Die vollständigen Quellenangaben können dem Buch entnommen werden.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Rainer Roth, Jahrgang 1944, war Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Frankfurt.

Außerdem bis 2008 Autor und Herausgeber des „Leitfaden ALG II/Sozialhilfe von A-Z“. Er ist Vorsitzender von **Klartext e.V.** (<http://www.klartext-info.de/>) und arbeitet in bundesweiten Kampagnen für eine deutliche Erhöhung der Regelsätze und des Mindestlohns. Zuletzt erschien von ihm „**Sklaverei als Menschenrecht. Über die bürgerlichen Revolutionen in England, den USA und Frankreich**“ (http://www.klartext-info.de/buecher/Menschenrecht_Sklaverei_umschlag_inhalt_einleitung.pdf)“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.